

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.15 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.15 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18698.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvorschrift 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Eine bewaffnete Kundgebung in Petersburg

„Mittlere Linie — keine scharfe Abfrage nach rechts noch links — positive Umdeutung.“

Heute findet die entscheidende Sitzung des Reichstags statt, in der der neue Reichskanzler seine Stellung zu der Friedensresolution des Mittelblocks bekanntgeben wird — oder auch nicht bekanntgeben wird. Auf jeden Fall muß so etwas wie eine Entscheidung herauskommen, wenn sie vielleicht auch noch bis zum Freitag hinausgeschoben wird. Welcher Art sie aber sein wird, ob sie eine Klärung bringt oder ob sie vielmehr ein neues Verwirren und Verwaschen sein wird, das vermag zur Zeit kein Sterblicher voraussagen. Die Stimmen der Blätter zeigen nur das eine, daß hinter den Kulissen starke Kräfte am Werke sind, um eine reinliche Feststellung des Rufes der Regierung wie der Parteien nochmals zu verhindern und an ihre Stelle die Einigkeit und Unklarheit, des Halbunfals zu setzen. Nebenstimmend melden verschiedene Blätter, daß eine Verständigung, eine Vereinbarung des Kanzlers mit den Mehrheitsparteien in erneuten Verhandlungen zustande gekommen sei. Ausführlicher berichtet die Vossische Zeitung, der Kanzler habe in diesen Besprechungen erklärt, daß er bei der Übernahme seines Amtes von der Erwartung getragen würde, die innere Einheit wieder zu erwecken, die für einen glücklichen Ausgang des Krieges unbedingt nötig sei. In der Frage der Friedenszielresolution habe er eine mittlere Linie vorgezogen, bei der eine Einigung zu erzielen sei, ohne daß es zu einer scharfen Abfrage der Regierung nach rechts oder links komme. Am Nachmittag hätten darauf Besprechungen zwischen den Fraktionen stattgefunden, bei denen der Wunsch ausgedrückt wurde, die Abstimmung über die Mehrheitsresolution bis zum Freitag zu verschieben und unter allen Umständen auf die Resolution zu verzichten, wenn der Kanzler in seiner Rede entsprechende Erklärungen abgibt, was nach der heutigen Besprechung als wahrscheinlich anzusehen sei. In der Frage der Parlamentarisierung erwarte man in den Kreisen der Mehrheitsparteien ein schnelles Entgegenkommen der Regierung sowohl im Reich als in Preußen. — Der Lokalanzeiger versichert, man halte es nun für möglich, daß die Friedensresolution im Reichstage überhaupt nicht zur Abstimmung gelange, da angenommen werde, daß die Erklärung des neuen Reichskanzlers sie überflüssig machen werde. Ueber diese Erklärung glaubt die Post mitteilen zu können, daß Dr. Michaelis die Friedensresolution nicht zu bekämpfen beabsichtige, sondern daß er vielmehr versuchen werde, sie unter Ausfärbung einiger Punkte nach der positiven Seite hin umzuwenden. Ueber die Frage des preussischen Wahlrechts werde der Kanzler voraussichtlich überhaupt nicht sprechen, sondern sich auf die Angelegenheiten beschränken, die unmittelbar vor den Reichstag gehören.

Was an diesen Mitteilungen Verlässliches ist, werden wir bald wissen. Kommt es so, wie diese drei Blätter annehmen, so würde die große Aktion also sehr glücklich enden. Es käme dann wieder zu einer unzweideutigen Erklärung der Regierung nach der Parteien und die Regierungssozialisten hätten allen Anlaß, sich zu freuen, weshalb denn der Reichskanzler Bethmann Hollweg überhaupt nicht worden ist. Denn an dem Zustand, der unter ihm in der Kriegszielfrage herrschte, würde auch nicht ein Titelchen geändert sein. Die Schlagworte, die wir an die Spitze unseres Artikels gestellt haben: Mittlere Linie — keine scharfe Abfrage nach rechts noch links — positive Umdeutung! passen dem finstern Reichskanzler wie angegossen, und wenn Herr Dr. Michaelis sie auf sein Banner schreibt und zur Richtlinie seines Programms macht, so hat er den denkbar berechtigten Anspruch auf den Namen, den der Vorwärts dieser Tage in einer Polemik gegen die Rechte warnend gebraucht, auf den Titel Bethmann Hollweg der Dritte! Aus den Meldungen ist nicht zu ersehen, wie sich die Regierungssozialisten in den Besprechungen unter den Fraktionen zu all diesen Plänen gestellt haben. Der Vorwärts fordert heute noch die klare Entscheidung, wie seine Fraktion sich stellen wird, muß der heutige oder morgige Tag ergeben. Wir sparen uns alle Prophezeiungen und verweisen nur auf die weiter unten wiedergegebenen Mitteilungen des Herrn Severing in einer Vorkammer Versammlung der Regierungssozialisten. Nach dem, was er dort offenherrig vorgebracht hat, wird den Scheidemannern ein Abbiegen vom Wege, den sie einmal eingeschlagen haben, ja nicht ganz leicht fallen. Aber wir sind nicht sicher, ob sie „im Interesse des Deutschen Reiches“

nicht doch noch die — sagen wir — Selbstüberwindung zu einem solchen Entschluß aufbringen werden. Der krasse Kontrast zwischen den Mitteilungen Severings und einer solchen Haltung müßte freilich ihren Anhängern behend in die Augen stechen.

Keine Zweideutigkeit?

In der sozialdemokratischen Mehrheitspresse ist uns unsere Kritik an der Kriegszielresolution des Mittelblocks selbstverständlich sehr überkommen worden. Die Internationale Korrespondenz erklärt gornischnanend:

Anderes deuten kann man die Friedensresolution des Reichstages nur, wenn man sie gewalttätig entstellt und verdreht. Stimmt die unabhängige Sozialdemokratie gegen die Friedensresolution, so nicht etwa wegen deren „Unklarheit und Zweideutigkeit“, die nur im Kopfe der Volkszeitungsredakteure besteht, sondern weil sie Deutschlands unversiehrtes Gebiet und seine volle wirtschaftliche wie politische Freiheit nicht zu erhalten wünscht. Aber die Unabhängigen werden diese Erklärung der Friedensarbeit doch wohl nicht wagen.

Auf die demagogische Unterstellung dieses Angriffs gehen wir natürlich nicht ein. Nebenbei haben wir durch unsere Kritik der Friedenszielresolution des Mittelblocks noch gar nichts über die Abstimmung der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion gesagt. Wir wissen nicht, ob sie darüber schon einen Entschluß gefaßt hat und wie er ausfallen würde. Man kann unter Umständen für eine Resolution stimmen, die man für nicht genügend scharf genug hält, wenn sie ein kleineres Uebel darstellt. Deswegen verzichtet man natürlich nicht auf die Kritik an solchem Gebilde.

Die I. A. bestreitet die Berechtigung unserer Kritik. Wir dürfen uns indes auf das Zeugnis aus Zentrumsmund selbst berufen, das unsere Ausstellungen bestätigt. Die Zentrumspartei-Korrespondenz, ein Organ, das im Namen der Zentrumsparteileitung zu sprechen berechtigt ist, hat in einem Artikel, der in der Germania wie in der Rheinischen Volkszeitung veröffentlicht wurde, also in den beiden führenden Blättern der Zentrumspartei, über die Motive, die die Herren der Mitte bewegen haben, die Friedenszielresolution zu unterzeichnen, folgendes geschrieben:

Es bestand die Gefahr, daß die Sozialdemokratie die Bewilligung der Kriegskredite abhängig machen würde von der Annahme eines Programms, das man kurzweg als „Scheidemann-Frieden“ bezeichnet. Das wäre vom Standpunkt unserer Partei aus den deutschen Interessen abträglich gewesen und schädigend im Ausland wie im Inland. Darum mußte eine positive Formel gefunden werden.

Die Zentrumskorrespondenz stellt also die Friedenszielresolution in Gegensatz zum Scheidemann-Frieden. Der Vorwärts aber ist der Ansicht, daß die Resolution den Scheidemann-Frieden enthalte. Er meint, daß die Mehrheit ihn zu ihrem Programm gemacht habe. Die Arbeiterzeitung hat schon recht, wenn sie auf diesen Gegensatz aufmerksam macht und bemerkt, man sehe doch deutlich genug, daß Sozialdemokratie und Zentrum mit verschiedenen Zungen reden. Deutlicher noch als die Zentrumskorrespondenz hat der Zentrumsabgeordnete Vosz in einer Versammlung in Rottensburg dargelegt, was er und sicherlich auch seine Fraktionsgenossen mit dieser Friedenszielresolution vereinbar halten. Er sagte, sie schließe nicht aus, daß Deutschland daraufhin doch Gebiets-erweiterungen bekomme, auch nicht, daß es eine Kriegskrediterweiterung erhalte; was schließlich erreicht werde, hänge davon ab, wie die militärische Lage bei Friedensschluß sein werde. Wozu versicherte außerdem, die Kundgebung habe auch die Zustimmung des Kaisers und der obersten Heeresleitung gefunden, und ebenso habe sich der Reichskanzler auf ihren Boden gestellt.

Was bei solcher Ausdeutung vor der Friedenszielresolution noch übrigbleibt, das brauchen wir unseren Lesern nicht erst zu sagen und sie können nach diesen Zeugnissen ebenso selbst das Urteil darüber fällen, ob die Zweideutigkeit der Resolution „nur in den Köpfen der Volkszeitungsredakteure“ existiert.

Die Bedingung der Sozialdemokratie.

Das Berliner Tageblatt bringt unter dieser Ueberschrift die folgende Mitteilung aus Wiesbaden vom 18. Juli:

In einer großen Volksversammlung, die einstimmig von der Reichsregierung ein Verbot für einen Verständigungs-frieden und die sofortige Inangriffnahme der preussischen Wahlreform verlangte, machte der Redner, der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Wiesbaden-Wiedenbrunn, Redakteur Severing, über die Vorgeschichte der vielbesprochenen Sitzung des Hauptauschusses und die Rolle, die der Abgeordnete Erzberger dabei gespielt hat, folgende Mitteilungen: „Als

vor drei Wochen der Reichsausschuh der deutschen sozialdemokratischen Partei in Berlin tagte und den Bericht der von Stockholm zurückgekehrten Vertreter der Partei entgegengenommen hatte, trat auf meine Anregung der Parteiausschuh zusammen, um zu untersuchen, was getan werden könne, um die Reichsregierung zu überzeugen, daß sie sich die Formel des russischen Arbeiter- und Soldatenrates „Keine Annexionen und keine Entschädigungen“ zu eigen machen und insbesondere erklären müsse, daß sie weder im Osten noch im Westen Gebietsverweiterungen machen wolle. Im Parteiausschuh waren wir entschlossen, der Fraktion zu empfehlen, die neuen Kriegskredite nicht eher zu bewilligen, bis die Regierung diese Formel angenommen hatte. Die Fraktion schloß sich dieser Auffassung an, und die Regierung wurde nicht im unklaren gelassen, daß die Sozialdemokratie sie nicht mehr unterstützen könne, wenn sie sich jetzt nicht offen auf den Standpunkt eines Verständigungs-friedens stelle oder sich gar von den Eroberungspolitikern ins Schlepptau nehmen lasse. Die Regierung mußte sich klar darüber sein, was eine Ablehnung der Kriegskredite durch uns bedeute. Der Abgeordnete Erzberger hatte von unsern Beschlüssen erfahren, und er hielt jetzt den Augenblick für gekommen, eine einheitliche Kundgebung des Reichstags gegen die Eroberungspolitik herbeizuführen. Im übrigen hat Erzberger im Hauptauschuh nichts gesagt, was wir Sozialdemokraten nicht schon seit geraumer Zeit in der Öffentlichkeit ausgeführt haben, insbesondere auch über den U-Boot-Krieg und seine Wirkungen in militärischer und politischer Richtung.“

Nach alledem muß man auf das Verhalten der Regierungssozialisten in der heutigen Reichstags-sitzung nicht minder gespannt sein als auf die Erklärungen des neuen Reichskanzlers.

Eine Hoffnung.

Das Berliner Tageblatt hofft, der Reichstag werde es sich nicht gefallen lassen, daß Herr Dr. Michaelis seine Mitarbeiter erst bestimme, wenn der Reichstag nach Hause geschickt worden sei. Der Reichstag werde den Kanzler darauf aufmerksam machen, daß seine Ausfärbung bei so weittragenden Beschlüssen, wie sie die Beratung der Staatskredite des Innern und des Auswärtigen darstellen, nicht möglich sei.

Natürlich müßte der Reichstag so handeln. Ob ers aber tun wird? Ob die Hoffnung des Berliner Tageblatts berechtigt ist? Wir werden es alsbald wissen.

Tirpitz an der Arbeit.

Der Staatssekretär a. D. und alldutsche Führer v. Tirpitz hat seinem Telegramm an Vassermann ein zweites an den Zentrumsführer Spahn folgen lassen. Es lautet:

In Erinnerung an lange verständnisvolle Mitarbeit des Zentrums für die durch meinen Kaiser beglaubigte Weltstellung und Seegestaltung Deutschlands halte ich es für meine Pflicht, Ihnen, verehrte Excellenz, zum Ausdruck zu bringen, daß meines Erachtens die beabsichtigte Kriegszielresolution in jegiger oder ähnlicher Fassung von verderblicher Wirkung nach innen und außen für unsere ganze Zukunft sein muß. Daß im Ausland dadurch eine von uns denkbare Friedensstimmung gefördert wird, ist meines Erachtens nicht zu erwarten. Im übrigen würde, selbst wenn wir gezwungen wären, einen Frieden ohne Entschädigung und Sicherung zu erstreben, die Friedensresolution das ungeeignetste Mittel sein; gerade dann müßten wir nach anderer Methode vorgehen. Aber wir brauchen solchen Frieden durchaus nicht zu erstreben. Halten wir uns an die Unversicht, die in den Kennerungen des Feldmarschalls Hindenburg zum Ausdruck gelangt sind. Weder vorübergehende Verschärfungen der Ernährungsfragen noch Sorgen für später in dieser Beziehung dürfen uns jetzt veranlassen, die Nerven zu veräthern und nach einem Frieden zu greifen, der unsere Zukunft, und zwar ganz besonders die unserer Arbeiterklasse, gefährdet. Denn die unbeliebte aber Fortführung des U-Boot-Krieges wird uns zwar nicht heute oder morgen, aber sicher und rechtzeitig den Erfolg bringen, für den wir nach zahlreichen Kundgebungen unserer Exzellenz kämpfen. Hoffentlich sind Sie ganz wiederhergestellt.
von Tirpitz.

Wie sehen, wie unsere Leser wissen, zur Kriegszielresolution des Mittelblocks sehr kritisch, weil wir uns von ihr wegen ihrer mehr deutungs-fähigen Fassung nicht die Wirkung versprechen können, die ihr Zweck sein sollte. Durch die wilden Angriffe der Alldutschen wird indes ihre Bedeutung gehoben. Wenn sie auch nicht das sein kann, was sie sein sollte, so wäre ihre Annahme immerhin eine Beweiskraft der alldutschen Eroberungspolitik. Ob es aber zur Abstimmung kommt?

Das Schicksal der „Formeln“.

Berlin, 19. Juli. Wie der Lokal-Anzeiger meldet, verkauft in parlamentarischen Kreisen, man halte es für möglich, daß die Friedensformel der Mehrheitsparteien im Reichstage überhaupt nicht